

GÉZA TÓTH*

Übersicht der ungarischen Regelung des Grundsatzes *ne bis in idem*

I. Einleitung

Der Grundsatz war schon im v.u.Z. V. Jahrhundert bekannt. In den justinianischen Digesten stand geschrieben: „*nemo debet bis vexari pro una et eadem causa*“, ¹ sinngemäß darf niemand wegen derselben Tat zweimal vor Gericht angeklagt zu werden. Auch die retributive Talionsformel besagt: Auge um Auge und nicht um Augen.²

Das Verbot der Doppelbestrafung ist ein sehr wichtiges, bedeutungsvolles Strafrechtsprinzip des XXI. Jahrhundert und betrifft alle Dimensionen des Rechtssystems. Feuerbach hat schon im frühen XIX. Jahrhundert festgestellt, dass die europäische Staaten den Grundsatz „*ne bis in idem*“ akzeptieren.³ Dieses Prinzip charakterisiert das ganze Strafrecht. Der Grundsatz bestimmt das Gesamtbild des Strafrechts in dem breiten Umfang, von der Legislatur bis zur Rechtsanwendung und vom materiellen Strafrecht bis zur Strafvollstreckung.⁴

In den modernen Rechtsstaaten wird der Grundsatz „*ne bis in idem*“ ohne Vorbehalt angewendet und ist zur Gewährung der Rechtsicherheit und materiellen Gerechtigkeit erforderlich. Was bedeutet das? Es verstößt gegen die Rechtsicherheit, wenn eine rechtskräftige, abgeschlossene Sache erneut aufgegriffen wird. Auf der anderen Seite, verstößt es gegen die materielle Gerechtigkeit, wenn der Richter wegen derselben Straftat die Sanktionen mehrmals verhängen kann.⁵ Da es um einen Grundsatz von fundamentaler Bedeutung geht, wurde er 2012 – mit dem neuen Grundgesetz (ungGG)- im

* PhD Stipendiat, Universität Szeged

¹ VAN DEN WYNGAERT, CHRISTINE – STESENS, GUY: *The International Non bis in idem Principle: Resolving some of the Unanswered Questions*. The International & Comparative Law Quarterly, 1999, Vol. 48. 780–781. pp.

² M. NYITRAI, PÉTER: *Bevezetés a Nemzetközi Büntetőjogba*. UNIVERSITAS-GYŐR Nonprofit Kft. Győr, 2009. 114. p.

³ DANNECKER, G.: *Community Fines and Non-Member-States Sanctions, the Effect of the Principles „ne bis in idem” in Neighbours’ law. Are common law and civil law moving closer?*; papers in honour of Barbara Huber on her 65 th birthday (ed. by Albin Eser, Freiburg in Breisgau Max- Planck Ins. Für Ausländisches und Internat. Strafrecht. 2001.) 157. p.

⁴ NAGY, FERENC: *Anyagi büntetőjog. Általános rész I.* Jurisperitus Bt., Szeged, 2014. 86–88. pp.

⁵ WIENER, A. IMRE: *A ne bis in idem elv érvényesítéséről*. Büntetőjogi Kodifikáció 2003./1–2., 62–68. pp.

ungarischen Rechtssystem auf Verfassungsrang getreten. Mit diesem Schritt wurde „ne bis in idem“ zu einem Grundrecht des Täters.

Mein Ziel ist anhand dieses Vorsatzes eine Einführung in das ungarische Recht zu geben. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit materiellen und prozessualen Fragen, die von hoher Wichtigkeit im Strafrecht, in der Strafzumessung und im Strafverfahren sind. Zunächst wird die Bedeutung im verfassungsrechtlichen, materiell-rechtlichen und prozessual-rechtlichen Sinne analysiert. Des Weiteren wird der Zusammenhang von materiellen und prozessualen Sinne des Grundsatzes geprüft. Dieser Fragekreis enthält die Anwendung der Konkurrenzlehre in der Rechtsprechung. Nach der innerstaatlichen Prüfung wird der Grundsatz ne bis in idem in transnationaler Dimension vorgestellt, d. h. die Darstellung der Anerkennung des ausländischen Urteils.

II. Verfassungsrechtliche Bedeutung

Artikel XXVIII ungGG besagt: „Abgesehen von außerordentlichen Rechtsmitteln darf niemand einem Strafverfahren unterzogen und wegen einer Straftat verurteilt werden, wegen welcher er in Ungarn oder – in einem durch einen internationalen Vertrag, oder durch den rechtlichen Akt der Europäischen Union – in einem anderen Staat schon rechtskräftig verurteilt oder freigesprochen worden ist.“

Das ungarische Grundgesetz regelt den Grundsatz „ne bis in idem“ nur im prozessualen Sinne.⁶ Früher hat das ungGG den Grundsatz „ne bis in idem“ nicht explizit enthalten⁷ und seine weite Bedeutung kann auch heute, nur aus der Rechtsstaatsklausel abgeleitet werden.⁸ Aus diesem rechtsstaatlichen Aspekt (Rechtsstaatprinzip) dient „ne bis in idem“ zum Schutz der Person gegen die staatliche Strafmacht, um das Individuum gegen uferloser Durchsetzung der ius puniendi zu schützen.⁹ Innerhalb des Rechtsstaatsprinzips verknüpft sich „ne bis in idem“ mit der Rechtssicherheit und Egalität. Mehrere Entscheidungen des Verfassungsgerichts beschäftigten sich mit „ne bis in idem“. Das ungarische Verfassungsgericht formulierte folgendes: die Einleitung eines Strafverfahrens oder die Fortsetzung eines aktuellen Verfahrens ist ausgeschlossen, wenn die Tat des Beschuldigten schon rechtskräftig verurteilt worden ist, es sei denn es geht um eine Wiederaufnahme oder Revision. In dieser Hinsicht stehen zwei Prinzipien der Strafverfolgung miteinander im Zusammenhang. Aus diesen zwei Grundsätzen, „ne bis in idem“ und res iudicata hat das Verfassungsgericht eine relative Verfahrensbehinderung formuliert.¹⁰

⁶ KARSAI, KRISZTINA: *A ne bis in idem alkotmányba iktatása - az Alaptörvény XXVIII. cikk (6) bekezdése* In: Balogh Elemér (szerk.) Számadás az Alaptörvényről: Tanulmányok a Szegedi Tudományegyetem Állam- és Jogtudományi Kara oktatóinak tollából. Magyar Közlöny Lap- és Könyvkiadó, Budapest, 2016. 433–52. pp.

⁷ Vor dem ungGG der Grundsatz ist durch eine sehr signifikanter verfassungsgebende Arbeit des Verfassungsgerichts geboren.

⁸ BALOGH ZSOLT – HOLLÓ ANDRÁS – KUKORELLEI ISTVÁN – SÁRI JÁNOS: *Kommentár a Magyar Köztársaság Alkotmányáról szóló 1949. évi XX. törvényhez*. Complex Jogtár.

⁹ KARSAI, KRISZTINA: *Alapelvei (r)evolúció az európai büntetőjogban*. Iurisperitus Bt., Szeged, 2015. 113. p.

¹⁰ 42/1993. (VI. 30.) Entscheidung des Verfassungsgerichts.

III. Die Bedeutung des Grundsatzes im materiellen Sinne

Ne bis in idem ist ein spezieller Grundsatz des materiellen Strafrechts. Das Prinzip ist eigentlich eine Brücke zwischen den generellen und speziellen Grundsätzen des materiellen Strafrechts.¹¹ Es wirft die Frage auf, wo der systematische Ort dieses Grundsatzes liegt. Es hängt davon ab, welche seiner Bedeutungen analysiert wird. In der Rechtswissenschaft wird dem Grundsatz *ne bis in idem*, drei verschiedene Bedeutungen beigemessen: die umfassende, weite und enge Bedeutung.¹² Nach der umfassenden Bedeutung, darf niemand wegen derselben Tat zweimal oder mehrmals bestraft werden, dementsprechend es ist eine generelle Bedeutung des Grundsatzes, die das ganze Rechtssystem bestimmt.

In der weiten Bedeutung bestimmt das Verbot der Doppelbestrafung das Gesamtbild des Strafrechts und mehr. Dieses Prinzip kann zu dem Grundsatz des Rechtsstaats zurückgeführt werden. Es bezieht sich auf das materielle Strafrecht, das Strafprozessrecht, die Legislatur, die Rechtsanwendung, sowie die Strafvollstreckung.¹³

Nach der engen Bedeutung ist der Grundsatz „*ne bis in idem*“ im Rahmen der Strafzumessung relevant und verbietet die Doppelbewertung von Strafbemessungsumständen. Mit dieser Frage, dem Fragekreisen der Strafzumessung, hat sich die Kurie (früher: Oberster Gerichtshof) in ihrer früheren Stellungnahme Nr. 154, anknüpfend an die Meinung des Strafkollegiums Nr. 56. (56.Bkv.) befasst. Im ungarischen Rechtssystem gibt es zu dieser Frage keine gesetzliche Regelung im Gesetz Nr. C vom Jahre 2012 des Strafgesetzbuches (ungStGB). So diese Meinung orientiert den Richter in exemplifikativer Weise, welche Umstände in der Strafzumessung relevant sind und welche nicht.

Die Kurie (früher: Oberster Gerichtshof) hat gesagt: Das Verbot der Doppelbewertung gilt auch für die Bewertung der Bestrafung beeinflussenden Umstände. Die qualifizierenden oder privilegierten Umstände, die die Legislatur schon als Tatbestandelement geregelt hat, darf der Richter nicht mehr als mildernden oder erschwerenden Umstand bei der Strafzumessung bewerten. Aber in dem Fall, dass die Schwere des konkreten Umstandes, das zur Feststellung des Tatmerkmals notwendige Maß deutlich über- oder unterschreitet, greif *ne bis in idem* nicht mehr ein. Dieser Umstand darf neben der Qualifikation oder Privilegierung, als mildernder oder erschwerender Umstand bewertet werden. Es gibt zwei Typen von Strafzumessungsumstände. Ersterer die subjektiven Faktoren (zum Beispiel: Selbstanzeige, stabile Arbeit oder eine Krankheit), der andere Typ sind die objektiven Faktoren (zum Beispiel: ein krankes oder altes Opfer, Täter-Opfer Ausgleich, fortgesetztes Delikt, Rückfalltäter).

Eine der wichtigsten Aufgaben des Grundsatzes im materiellen Strafrecht, ist die Bestimmung der Anwendung der Realkonkurrenz und Idealkonkurrenz. Der Grundsatz „*ne bis in idem*“ gilt als Grundsatz der Konkurrenzlehre. Dementsprechend darf nichts doppelt oder mehrmals bewertet, allerdings aber ohne Bewertung belassen werden.¹⁴

¹¹ NAGY 2014, 65. p.

¹² NAGY 2014, 86. p.

¹³ BELOVICS, ERVIN – GELLÉR, BALÁZS – NAGY, FERENC – TÓTH, MIHÁLY: *Büntetőjog I. Általános rész – A 2012. évi C. törvény alapján*. HVG-ORAC, Budapest, 2014. 80–81.pp.

¹⁴ NAGY 2014, 76–77. pp.

IV. Prozessuale Bedeutung

Die materiell-rechtlichen Fragen können nur mit prozessrechtlichen Regelungen verstanden werden. Diese Rechtsgebiete haben ein eigenes Verhältnis. Das materielle Strafrecht ohne Strafverfahrensrecht ist totes Material und Strafverfahrensrecht ohne materielles Strafrecht ist gegenstandslos.¹⁵ Während des Strafverfahrens wird das materielle Strafrecht durch die Rechtsanwendung praktiziert und das materielle Strafrecht existiert ohne Strafverfahren nur auf dem Papier.

Im prozessualen Sinne kann der Grundsatz unmittelbar aus dem Artikel XXVIII ungGG abgeleitet werden. Das Gesetz Nr. XIX vom Jahre 1998 über den Strafprozess (ungStPO) schreibt im § 6 Abs. 3 lit. d.) die konkrete Regelung vor: „Das Strafverfahren darf nicht eingeleitet, oder das eingeleitete Strafverfahren muss eingestellt werden, oder ein Freispruch muss gefällt werden, wenn die Tat des Beschuldigten schon rechtskräftig beurteilt worden ist, mit der Ausnahme des im Vierten Teil, und im XXIX. Kapitel, Titel II. und III. bestimmten Verfahren.“ Diese Vorschrift bezieht sich auch auf das Ordnungswidrigkeitsverfahren (§ 6 Abs. 5. ungStPO und § 83 Abs. 1. lit. f.) ungOWIG). Die rechtskräftige Beurteilung muss auf einem richterlichen Urteil beruhen, dies bedeutet eine Ermittlungseinstellung der Ermittlungsbehörde oder der Beschluss des Ordnungswidrigkeitsamtes, kein *res iudicata*. Aber wenn die Ordnungswidrigkeit alleinstehend oder neben einer Straftat vom Gericht abgeurteilt wird, so greifen Rechtskraft und *res iudicata* als Verfahrenshindernis ein.

V. Die Zusammenhänge der materiellen und prozessualen Sinne

Die wichtigste Frage des folgenden Abschnittes ist die Tatidentität. Die Tatidentität im klassischen Sinne bedeutet das Verhältnis des Sachverhalts zwischen der Anklageschrift und der Gerichtsentscheidung. Die Frage ist, was die Grenzen der Unterscheidung zwischen diesen zwei Rechtsakten sind.

Die Frage ist, was sind die Grenzen der Unterscheidung zwischen diesen zwei Rechtsakten. Es ist ein prozessuales Rechtsinstitut. Aber nach der extensiven Tatidentität aufgrund der Taten und der rechtskräftigen Entscheidung darf nicht wegen derselben Taten gegen denselben Täter wieder eine neue Anklage erhoben werden. Das ist die Wirkung von *ne bis in idem*. Aber die extensive Tatidentität ist ein prozessuales und auch materielles, sog. janusgesichtiges Rechtsinstitut. Janusgesichtiges Rechtsinstitut ist, weil aus einer Seite die prozessualen Fragen und aus anderer Seite die Konkurrenzlehre enthält. Eine sehr komplizierte Frage für die Rechtsanwendung, ist die Differenzierung einer identischen Tat und was zur Einheit der Straftat im Bezug der Teilhandlungen gehört.¹⁶ Der materiell-rechtliche Rahmen der Konkurrenzlehre wird durch die Rechtsprechung zur Beurteilung des Umfangs der ausschließenden Wirkung wegen derselben Tat angewendet.¹⁷ Nach der

¹⁵ NAGY 2014, 27. p.

¹⁶ TÓTH, GÉZA: *A tettazonosság és azonos tett a magyar judikatúrában*. Magyar Jog 2017/3, 157–170. pp.

¹⁷ Bpkf.III.169/2016/7. [46]

dogmatischen Analyse des Grundsatzes „ne bis in idem“ wird die Schwierigkeit der Judikatur im Bezug zur Anwendung des Grundsatzes *ne bis in idem* präsentiert. Die Kurie hat eine Diskrepanz bei der Anwendung des *ne bis in idem* wahrgenommen, und es ist eine Rechtseinheitsentscheidung (6/2009 BJE) gefallen. Nach dem Tenor:

„Wenn das Gericht auf rechtskräftigen Weise zu dem Objekt der Anklage gemachte Handeln und das Handeln der Verbrechenseinheit beurteilt hat, die Entscheidung des Gerichts im Hinblick diese Verbrechen macht *res iudicata*.“ Außerdem hat die Kurie gesagt: „Neuere Anklageerhebung hat wegen solcher Tätigkeit kein Platz, die ist schon in der Verbrechenseinheit beurteilt wurde, aber es war kein Teil des festgesetzten Sachbestandes im rechtskräftigen Entscheidung.“¹⁸

1. Fortgesetzten Delikt

Der ungStGB schreibt im § 6 Abs. 2. vor: „Es besteht keine Tatmehrheit, sondern eine fortlaufend begangene Straftat, wenn der Täter dieselbe Straftat mit einem Vorsatz zum Nachteil desselben Geschädigten in kurzen Zeiträumen mehrmals begeht.“ Das bedeutet, dass dieser gesetzlichen Tateinheit form mehrere Teilhandlungen hat. Eine komplizierte Frage ist, der Verfahrensvorgang, wenn die Tat erst nach dem rechtskräftigen Urteil entdeckt wird und in den Rahmen des schon abgeurteilten fortgesetzten Deliktes hineingehört. In diesem Fall ist der Zeitpunkt der Tat eine wichtige Frage. Wann begeht der Täter seine Straftat? Früher oder später, wie ist das rechtskräftige Urteil? Wie soll man verfahren? Ist die Lösung eine neue Anklageerhebung oder eine Wiederaufnahme?

Das Gericht muss die sog. natürliche Tateinheit und die gesetzliche Tateinheit in einem Verfahren beurteilen. Wenn es aus irgendeinem Grunde nicht möglich war, dann schließt die besondere Beurteilung der Teilhandlungen das *res iudicata* aus. Also wenn erst nachträglich klar wird, dass der Täter früher mehr Handlungen verwirklicht hat, als im Urteil festgelegt worden ist, und diese Handlungen bilden eine Tateinheit, ist ein neues Verfahren wegen des Grundsatzes „ne bis in idem“ verboten. Die Judikatur der Kurie ist seit dem Gesetz Nr. V vom Jahre 1878 (Csemegi – Kodex) einheitlich darin, dass das rechtskräftige Urteil im Hinblick der verschiedenen Teilhandlungen, Tateinheit zustande bringt. Das rechtskräftige Urteil beschließt und begrenzt die Tateinheit.

Zusammenfassend: wenn die Tat des Täters nach dem rechtskräftigen Urteil verwirklicht wird, diese neue Teilhandlung kann zu einem neuen Strafverfahren führen, so hat der Staatsanwalt die Möglichkeit zu einer neuen Anklageerhebung. Aber die Wiederaufnahme ist die richtige Lösung für solche Teilhandlungen, die zur Straftateinheit gehören, aber sie waren nicht der Bestandteil des Sachverhaltes im rechtskräftigen Urteil. In diesem Fall schließt der Grundsatz „ne bis in idem“ die neue Anklageerhebung aus, deshalb kann die Staatsanwalt eine nur Wiederaufnahme anregen, als außerordentliches Rechtsmittel. Die Kurie hat erkannt, dass bezüglich dieser Frage – Anklageerhebung contra Wiederaufnahme – die Gerichte eine gegenteilige Praxis hatten. Das Maß an Widersprüchlichkeit war so groß, dass in demselben Fall die Urteile (an verschiedenen Instanzen) gegensätzliche Standpunkte enthalten. „Wenn das Gericht in der Ankla-

¹⁸ 6/2009 Rechtseinheitsentscheidung.

ge aufgenommene Tat in seinem rechtskräftigen Urteil im Rahmen einer Tateinheit aburteilt, führt diese Entscheidung des Gerichts zu *res iudicata*.” Die Kurie hat auch folgendes gesagt: „Eine Neue Anklageerhebung kann nicht wegen solcher Teilhandlungen erfolgen, die der selben Straftateinheit zugehören, aber nicht in den Sachverhalt des rechtskräftigen Urteils aufgenommen worden sind.“¹⁹ Nach der Stellungnahme der Kurie soll anstatt von Anklageerhebung eine Wiederaufnahme eingeleitet werden. Diese Rechtseinheitsentscheidung war aufgrund vorher genannter Diskrepanzen der Judikatur unbedingt nötig.

2. Die Idealkonkurrenz

Ein Problem mit der Anwendung der Idealkonkurrenz ist, wenn der Staatsanwalt bestimmte Teilhandlungen des Sachverhalts in der Anklageschrift strafrechtlich nicht bewertet. Das Gericht kann diesen Mangel beheben, wenn es diese Fakten aburteilt, dadurch werden sie zu *res iudicata*. Das echte Problem kommt aber zustande, wenn auch das Gericht diese Fakten nicht bewertet. Bei Idealkonkurrenz führt das falsche, unrichtige Urteil auch zum *res iudicata*, da das Gericht die bestimmte Tat geprüft und bewertet hat, auch wenn nicht auf die richtige Weise. Bei Idealkonkurrenz greift der Rechtskraft auch für solche Handlungen ein, die sowohl in die Anklageschrift als auch in das Urteil nicht aufgenommen wurden. Eine neue Anklageerhebung ist wegen des Grundsatzes „ne bis in idem“ ausgeschlossen. Das Gericht kann frei prüfen, ob die Handlungen im Sachverhalt der Anklageschrift ein oder mehrere Straftaten bilden. In dieser Frage kann das Gericht von der strafrechtlichen Bewertung des Staatsanwalts abweichen.

3. Die Realkonkurrenz

Der andere Fragekreis ist die Realkonkurrenz. Nach der § 6 Abs. 1. ungStGB: „Werden durch eine oder mehrere Handlungen des Täters mehrere Straftaten realisiert und diese in einem Verfahren beurteilt worden sind, stellt das eine Tatmehrheit dar.“ Das ist der materiell-rechtliche Grundsatz der Konkurrenzlehre. Der „stille Freispruch“ ist, wenn der Sachverhalt der Anklageschrift und des Urteils die gegebenen Teilhandlungen enthält, – die also Teile der Realkonkurrenz bilden – aber sie werden weder vom Gericht noch Staatsanwalt bewertet.²⁰ Als Konsequenz bleibt die rechtliche Bewertung aus. Bei der Realkonkurrenz gilt die *res iudicata* Wirkung nicht für solche Handlungen, die der Staatsanwalt nicht zum Sachverhaltsobjekt der Anklage gemacht hat, demzufolge das Gericht nicht abgeurteilt hat. So kann der Staatsanwalt im Hinblick auf die verbliebenen Teilhandlungen ohne die Verletzung des Grundsatzes „ne bis in idem“ eine neue Klage erheben.

¹⁹ Also die Wiederaufnahme wird *contra legem* angewendet. MOLNÁR GÁBOR: *A jogerős ügydöntő határozat jelentősége a folytatólagos bűncselekményegység körében*. In: Gál István (szerk.): *Tanulmányok Tóth Mihály professzor 60. születésnapja tiszteletére*. Pécs, 2011. 411–422. pp.

²⁰ ELEK, BALÁZS: *A jogerős a büntetőeljárásban*. Debreceni Tudományegyetem Állam –és Jogtudományi Kar Büntető Eljárásjogi Tanszéke, Debrecen, 2012. 151–152. pp.

VI. Durchbrechung des Grundsatzes

Die rechtskräftige Entscheidung kann gegen die materielle Gerechtigkeit geraten werden. Im diesem Fall, kann der Grundsatz mit außerordentlichen Rechtsmitteln durchbrochen werden. Aber was ist rechtskräftig? Die Rechtskraft bezeichnet bestimmte Rechtswirkungen, die von einer gerichtlichen Entscheidung (Urteil oder Beschluss) ausgehen. Die Rechtskraft der Entscheidungen versichert die Vollstreckbarkeit, Unanfechtbarkeit bzw. Unabänderlichkeit der Entscheidungen und die Stabilität der Rechtsordnung bzw. die Geltendmachung des Gesetzes.²¹ Die Ehre der Rechtskraft ist ein verfassungsmäßiges Rechtsinstitut und ein substantielles Element des Rechtsstaates.²²

Die Rechtsliteratur ist geteilt im Fragekreis der Rechtskraft.²³ Nach der herrschende Meinung hat die Rechtskraft zwei Seiten: die formelle und die materielle Rechtskraft. Formelle Rechtskraft bedeutet die Unanfechtbarkeit und die materielle Rechtskraft bezeichnet die Unabänderlichkeit.²⁴ Materielle Rechtskraft ergibt sich aus *res iudicata*, und bedeutet einen endgültigen Abschluss der Strafsache (abschließende Wirkung). Formelle Rechtskraft führt die Wirkung von *ne bis in idem* herbei, diese schließt die Anfechtung der Entscheidung nur mit ordentlichen Rechtsmitteln aus (ausschließende Wirkung).²⁵ Die ausschließende Wirkung behindert die Möglichkeit der Einleitung eines neuen Verfahrens gegen dieselbe Person (*eadem person*) wegen derselben Tat (*eadem res*). Aus diesem Aspekt ist die Umfangsschranke der negativen Seite der Rechtskraft durch die Tatidentität festgestellt, weil sie durch den Sachverhalt der Gerichtsentscheidung beschränkt ist. Dem entsprechend darf nicht ein Verfahren wegen den Taten der rechtskräftigen Entscheidung eingeleitet werden, weil es durch die extensive Tatidentität begrenzt ist.²⁶

Zu der erwähnten Vorschrift der ungStPO²⁷ gehören die außerordentlichen Rechtsmittel und die bestimmten besonderen Verfahren. Bei besonderen Verfahren wird die Rechtskraft nur teilweise durchbrochen, während sie bei außerordentlichen Rechtsbehelfen völlig durchbrochen wird. Die außerordentlichen Rechtsmittel sind die Wiederaufnahme, die Revision, das Rechtsmittel im Interesse der Gesetzesmäßigkeit, das Verfahren zur Wahrung der Rechtseinheit und die Verfassungsbeschwerde.

VII. Die Anerkennung der ausländischen Entscheidungen in Strafsachen

Nach der innerstaatlichen Analysierung des Durchbruchs von Grundsatz *ne bis in idem* soll auch die transnationale Bedeutung geprüft werden. In diesen Rahmen wird die geltende und künftige Regelung vorgestellt.

²¹ KIRÁLY, TIBOR: *Büntetőeljárás jog*, Osiris Kiadó, Budapest, 2000. 494–498. pp.

²² 42/1993. (VI. 30.) Entscheidung des Verfassungsgerichts

²³ S: ELEK 2012.

²⁴ TREMMEL, FLÓRIÁN: *Magyar büntetőeljárás*. Dialóg Campus Kiadó, Budapest–Pécs, 2001. 454. p.

²⁵ ROXIN, CLAUS – SCHÜNEMANN, BERND: *Strafverfahrensrecht*, Verlag C.H. Beck, München, 2012. 436–438. pp. Auch die Feststellung der 2/2015. Rechtseinheitsentscheidung

²⁶ TÓTH 2017, 170. p.

²⁷ § 6 Abs. 3. d.): Das Strafverfahren darf nicht eingeleitet, oder das eingeleitete Strafverfahren muss eingestellt werden, oder ein Freispruch muss gefällt werden, wenn die Tat des Beschuldigten schon rechtskräftig beurteilt worden ist, mit der Ausnahme der im Vierten Teil, und im XXIX. Kapitel, Titel II. und III. bestimmten Verfahren.

1. *De lege lata*

De lege lata das Gesetz Nr. XXXVIII vom Jahre 1996 über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen (ungIRG) enthält die gesetzlichen Regelungen des Anerkennungsverfahrens. Nach § 47 Abs. 1. „Das rechtskräftige Urteil des ausländischen Gerichts ist gleichgeltend mit dem Urteil des ungarischen Gerichts, wenn das ausländische Verfahren gegen den Täter oder die verhängte Strafe bzw. angewandte Maßregel nicht entgegengesetzt mit ungarischen Rechtsordnung ist.“ Abs. 3. bestimmt der Zweck des Anerkennungsverfahrens: „Wenn die Geltung des ausländischen Urteils durch das ungarische Gericht anerkannt wird, gilt als gleichwertige Beurteilung der Tat durch ein ungarisches Gericht beurteilt.“ Bei der Anerkennung ist das Gericht bei seiner Entscheidung an die Tatsachen gebunden, wie sie vom ausländischen Gericht festgestellt worden sind. (§ 48 Abs. 1. ungIRG)

Nach § 48 Abs. 2. ungIRG ist die Anerkennungsverfahren eine „Transformationsverfahren“.²⁸ Dieses Rechtsinstitut ein unikales besonderes Verfahren, das eigentlich ein Vorverfahren im Lauf der Anerkennung des ausländischen Urteils ist. In diesem besonderen Verfahren entscheidet das Gericht nicht in der strafrechtlichen Hauptfrage, sondern in sonstigen, mit dem Strafverfahren zusammenhängenden Fragen.²⁹ Also funktioniert es als „Miniaturverfahren“.³⁰ In diesem Sinn ist das Verfahren in den Weg gelegte Hindernisse von dem Grundsatz *ne bis in idem*, das der Durchbruch des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung behindert.

Das zuständige ungarische Gericht in dem Verfahren nach den §§ 46 und 48 des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen nimmt keine Würdigung der tatsächlichen Umstände oder des Grades der strafrechtlichen Verantwortlichkeit vor, sondern passt die im ausländischen Urteil festgelegte Rechtsfolge so an, dass sie dem ungarischen Rechtssystem entspricht, was bedeutet, dass es nicht um die Verhängung einer neuen Strafe, sondern um die Erfüllung einer Verfahrensregel geht, die für die Anerkennung und die Vollstreckung des ausländischen Urteils und der mit diesem ausgesprochenen Strafe in Ungarn unerlässlich ist. Das Verfahren der Anerkennung ausländischer Urteile passt die im ausländischen Urteil festgelegte Strafe also nur formell an, damit sie mit dem ungarischen Recht übereinstimmt.

Das fragliche besondere Verfahren wird von den ungarischen Behörden systematisch durchgeführt, um die Gültigkeit und Wirksamkeit ausländischer Urteile im ungarischen Recht anzuerkennen. Insbesondere wird dieses besondere Verfahren von den ungarischen Behörden unabhängig von der Vollstreckung einer Strafe in Ungarn oder der Berücksichtigung eines ausländischen Urteils in einem in Ungarn stattfindenden Strafverfahren durchgeführt.³¹

²⁸ „In dem vor ihm stattfindenden Verfahren stellt das Gericht fest, welche rechtlichen Folgen das ungarische Recht der Verurteilung beimisst. Wenn die mit dem Urteil des ausländischen Gerichts verhängte Strafe oder Maßnahme nicht vollständig mit ungarischem Recht vereinbar ist, stellt das Gericht in seiner Entscheidung fest, welche Strafe oder Maßnahme nach ungarischem Recht anwendbar ist, wobei es dafür sorgt, dass diese bestmöglich mit der vom ausländischen Gericht auferlegten Strafe oder Maßnahme vereinbar ist, und entscheidet im Fall eines Vollstreckungsantrags über die Vollstreckung der Strafe oder Maßnahme.“

²⁹ FANTOLY, ZSANETT – GÁCSI, ANETT: *Eljárási büntetőjog – Statikus rész*. Iurisperitus Bt., Szeged, 2013. 287. p.

³⁰ HAUZINGER, ZOLTÁN – HERKE, CSONGOR – MÉSZÁROS, BENCE – NAGY, MARIANN: *Einführung in das ungarische Strafverfahrensrecht*. Schenk Verlag, Passau, 2008. 175. p.

³¹ Strafverfahren gegen István Balogh, Strafsache C-25/15. Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 9. Juni 2016.

Wie die Kommission in ihren schriftlichen Erklärungen in Rechtssache C-25/15 (Balogh-Fall) ausgeführt hat, erscheint dieses besondere Verfahren einem Exequaturverfahren ähnlich, was die Ausführungen in der mündlichen Verhandlung bestätigt haben. Damit ist festzustellen, dass das genannte besondere Verfahren schon vom Grundsatz her gegen Art. 82 Abs. 1.³² den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) verstößt, wonach die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen in der Europäischen Union auf dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung gerichtlicher Urteile und Entscheidungen beruht.³³

2. *De lege ferenda*

Nach diesen Kritiken musste das ungarische Rechtssystem im Bezug der Anerkennung der Entscheidungen im Rahmen der European Union reagieren. Bezüglich der justiziellen Zusammenarbeit mit den Drittländern gibt es keine wesentliche Änderung des Anerkennungsverfahrens. Diese erwähnte Reaktion wird im Folgenden erläutert, die zwei wichtige Gebiete betrifft.

Es ist begründet, mit der Rechtsprechung zu beginnen. Die Fallen sind durch die Rechtsanwendung eingestellt (eigentlich *contra legem*), wenn die Einleitung des Anerkennungsverfahrens unabhängig von der Vollstreckung einer Strafe in Ungarn oder der Berücksichtigung eines ausländischen Urteils in einem in Ungarn stattfindenden Strafverfahren ist. Aber wenn die Anerkennung strafrechtlich relevant ist, muss das Verfahren durchgeführt werden (z.B. Rückfall oder *ne bis in idem* Wirkung).³⁴

Es ist nützlich, mit der Rechtsprechung zu beginnen. Die Fallen sind durch die Rechtsanwendung eingestellt (eigentlich *contra legem*), wenn die Einleitung des Anerkennungsverfahrens unabhängig von der Vollstreckung einer Strafe in Ungarn oder der Berücksichtigung eines ausländischen Urteils in einem in Ungarn stattfindenden Strafverfahren ist. Aber wenn die Anerkennung strafrechtlich relevant ist, muss das Verfahren durchgeführt werden (z.B. Rückfall oder *ne bis in idem* Wirkung).³⁵

Die andere Reaktion ist eine notwendige Gesetzesänderung von der Legislatur. Ein Gesetzentwurf (GE) wurde 2017 vor dem Parlament eingereicht. Die T/14683. GE enthält die unionskonforme Regelung im Bezug der Anerkennung ausländischer Entscheidungen. Die wichtigste Prämisse der stattfindenden Gesetzgebung ist die zwei stufende Verfahrenskonstruktion.

Erste Stufe ist das Berücksichtigungsverfahren. Nach der GE, wenn das Gesetz keine Ausnahme macht, ist das Urteil des Mitgliedstaates in Strafsachen gleichgeltend mit dem Urteil des ungarischen Gerichts, und in eingeleitete Strafverfahren nach dem mitgliedstaatlichen Urteil muss durch das Gericht, die Staatsanwaltschaft und die Ermittlungsbehörde berücksichtigt werden. Nach der teleologischen Auslegung, ist der Zweck der Gesetzgebung das Zustandekommen eines Rahmen- und Voraussetzungssystems,

³² „Die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen in der Union beruht auf dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung gerichtlicher Urteile und Entscheidungen...“

³³ Strafverfahren gegen István Balogh, Strafsache C-25/15. Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 9. Juni 2016.

³⁴ Hauptstädtisches Gericht Budapest, Ungarn (Fővárosi Törvényszék): 35. Beü. 1454/2015/20.

³⁵ Hauptstädtisches Gericht Budapest, Ungarn (Fővárosi Törvényszék): 35. Beü. 1454/2015/20.

welches durch die vorgehende Behörde (Ermittlungsbehörde, Staatsanwaltschaft und Gericht) in seinem Verfahren und in seiner Kompetenz angewendet.³⁶ Dieses Verfahren wird zu der Geltendmachung des Grundsatzes *ne bis in idem* berufen.

Die zweite Stufe ist das Gleichstellungsverfahren. Das Ziel dieses Verfahrens ist, dass die verhängte Strafe bzw. angewandte Maßregel und die Rechtsfolgen des ausländischen Urteils mit ungarischem Recht anwendbar sind. Nur diejenigen Urteile können gleichgestellt werden, die auch berücksichtigt werden können. Wenn die verhängte Strafe bzw. angewandte Maßregel und die Rechtsfolgen des ausländischen Urteils mit ungarischem Recht nicht anwendbar sind, werden die verhängte Strafe bzw. angewandte Maßregel und die Rechtsfolgen durch das ungarische Gericht umgesetzt bzw. ergänzt, dass sie dem ungarischen Recht entsprechend sind. Aufgrund der Rechtseinheit und Sachkunde bei Gleichstellungsverfahren, hat grundsätzlich das hauptstädtische Gericht die ausschließliche Zuständigkeit.³⁷ Dieses Verfahren wird zu der Geltendmachung der nachteiligen Rechtsfolgen der ausländischen Entscheidung im ungarischen Recht berufen.

Deshalb wird zunächst die ausländische Entscheidung in dem Berücksichtigungsverfahren von allen Behörden (Ermittlungsbehörde, Staatsanwaltschaft und Gericht) beachtet werden, und wenn eine Gleichstellung möglich und notwendig ist, dann folgt ein Gleichstellungsverfahren, indem die verhängte Strafe bzw. angewandte Maßregel und die Rechtsfolgen der ausländischen Entscheidung geprüft werden.

Meiner Meinung nach sind die Regelungen der GE geeignet für die unionskonforme und verfassungskonforme Anwendung der transnationalen *ne bis in idem* im Bezug einer Anerkennung ausländischer Entscheidungen.

VIII. Fazit

Der Zweck des Vorsatzes war eine kurze Zusammenfassung, wie kompliziert die Durchführung des Grundsatzes *ne bis in idem* im ungarischen Recht ist. Das Prinzip *ne bis in idem* ist ein allgemeingültiger Grundsatz, welcher das ganze Rechtssystem bestimmt. Dieser Vorsatz hat sich nur mit dem strafrechtlichen Aspekt des Grundsatzes beschäftigt, da eine vollständige Vorstellung dieses Themas in dieser Form unmöglich ist. In der Analyse wird dargestellt, dass dieses Prinzip auf sehr vielen geltenden und künftigen Herausforderungen reagieren muss. Diesen Herausforderungen bezieht sich sowohl auf materiell-rechtliche wie auf auch prozessual-rechtliche Fragen und seit der internationalen Anerkennung des Grundsatzes muss es sich nicht nur mit der innerstaatlichen Bedeutung, sondern auch mit dem transnationalen Durchbruch beschäftigen.

³⁶ Begründung des Gesetzesentwurfs.

³⁷ Begründung des Gesetzesentwurfs.